Wer profitiert von einer Einführung von Demokratiegutscheinen?

Sandro Lüscher, Uwe Serdült, Laurent Bernhard, Junmo Cheon
29th January 2026



Die Parteienfinanzierung in der Schweiz ist geprägt von einer starken Abhängigkeit von privaten Spenden. Demokratiegutscheine sind eine neue Form der öffentlichen Finanzierung, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Parteien finanziell zu unterstützen – unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten. Wie würden die Bürgerinnen und Bürger solche Demokratiegutscheine auf die Parteien verteilen und welche Parteien würden von einem solchen Finanzierungsmodell potenziell profitieren? Neue Daten aus dem Kanton Aargau liefern erste Antworten.

Ungleich lange Spiesse

Die Parteienfinanzierung in der Schweiz basiert weitgehend auf privaten Spenden und Mitgliederbeiträgen. Staatliche Zuschüsse gibt es im Vergleich zu anderen Demokratien nur in sehr begrenztem Umfang. Erst mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags zur Transparenzinitiative im Jahr 2021 wurden strengere Offenlegungspflichten für grössere Zuwendungen an Parteien sowie an kampagnenführende Organisationen und Personen eingeführt. Zuvor galten nur sehr lasche Regeln im Bereich der Politikfinanzierung. Dennoch bleiben viele finanzielle Ströme im Wahlkampfbereich intransparent, insbesondere auf

kantonaler Ebene, wo je nach Kanton unterschiedliche Vorschriften gelten.

Strukturelle Unterschiede in der Parteienfinanzierung führen dazu, dass finanzstarke Akteure einen deutlichen Vorteil im politischen Wettbewerb haben. Parteien mit etablierten Spendernetzwerken oder Zugang zu grossen Einzelspenden können umfangreichere Kampagnen führen und ihre Positionen gezielter kommunizieren, während kleinere Parteien oder solche mit einer weniger zahlungskräftigen Wählerschaft finanziell stark eingeschränkt sind. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Einführung einer öffentlichen Parteienfinanzierung diskutiert, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und die Abhängigkeit von privaten Geldgebern zu verringern.

Eine öffentliche Parteienfinanzierung wirft die Frage auf, nach welchem Mechanismus diese Gelder auf die Parteien verteilt werden sollten. Eine naheliegende Möglichkeit wäre eine proportionale Verteilung gemäss Wähleranteilen. Demokratiegutscheine hingegen bieten eine alternative Methode: Sie erlauben es den Bürger/-innen, individuell zu entscheiden, welche Parteien öffentliche Gelder erhalten. Unser empirischer Beitrag vergleicht diese beiden Finanzierungsansätze und untersucht, wer von einem gutscheinbasierten Finanzierungsmodell potenziell profitiert und wer nicht.

Demokratiegutscheine als alternative Finanzierungsform

Demokratiegutscheine sind staatlich bereitgestellte, zweckgebundene Gutscheine, die Bürger/-innen an Parteien oder politische Akteure verteilen können und sind im Lichte demokratischer Innovationen zu betrachten. Demokratische Innovationen zielen darauf ab, politische Teilhabe zu erweitern, bestehende Beteiligungsbarrieren zu reduzieren und neue Mechanismen der politischen Einflussnahme zu schaffen. Demokratiegutscheine lassen sich somit als Reformansatz verstehen, der eine breitere Beteiligung an der Politikfinanzierung ermöglicht und strukturelle Verzerrungen reduziert.

Empirische Studien aus Seattle, wo Demokratiegutscheine seit 2017 eingesetzt werden, zeigen positive Effekte: Die politische Partizipation nahm insgesamt zu. Auch einkommensschwache und politisch weniger aktive Gruppen konnten mit den Gutscheinen mobilisiert werden. Gleichzeitig verteilte sich die finanzielle Unterstützung gleichmässiger auf verschiedene politische Akteure. Allerdings erhielten die etablierten Parteien auch nach der Einführung weiterhin den grössten Anteil der Gutscheine, und die administrativen Kosten für die Umsetzung waren hoch.

Wie sich dieses Modell in der Schweiz auswirken würde, untersucht der vorliegende Beitrag mit Daten aus dem Kanton Aargau.

Wer gibt wem? Die Gutscheinvergabe zwischen den Parteien

Im Rahmen der «FOKUS-Aargau»-Befragung zu den Grossratswahlen vom 20. Oktober 2024 wurde die hypothetische Nutzung von Demokratiegutscheinen untersucht. Die Befragten konnten einen fiktiven Demokratiegutschein im Wert von 100 Franken auf verschiedene Parteien verteilen. Dabei galten zwei Einschränkungen: Jede gewählte Partei musste mindestens 10 Franken erhalten, und die gesamten 100 Franken durften nicht an eine einzige Partei vergeben

werden.

Abbildung 1. Gutscheinvergabe der Befragten an die kandidierenden Parteien

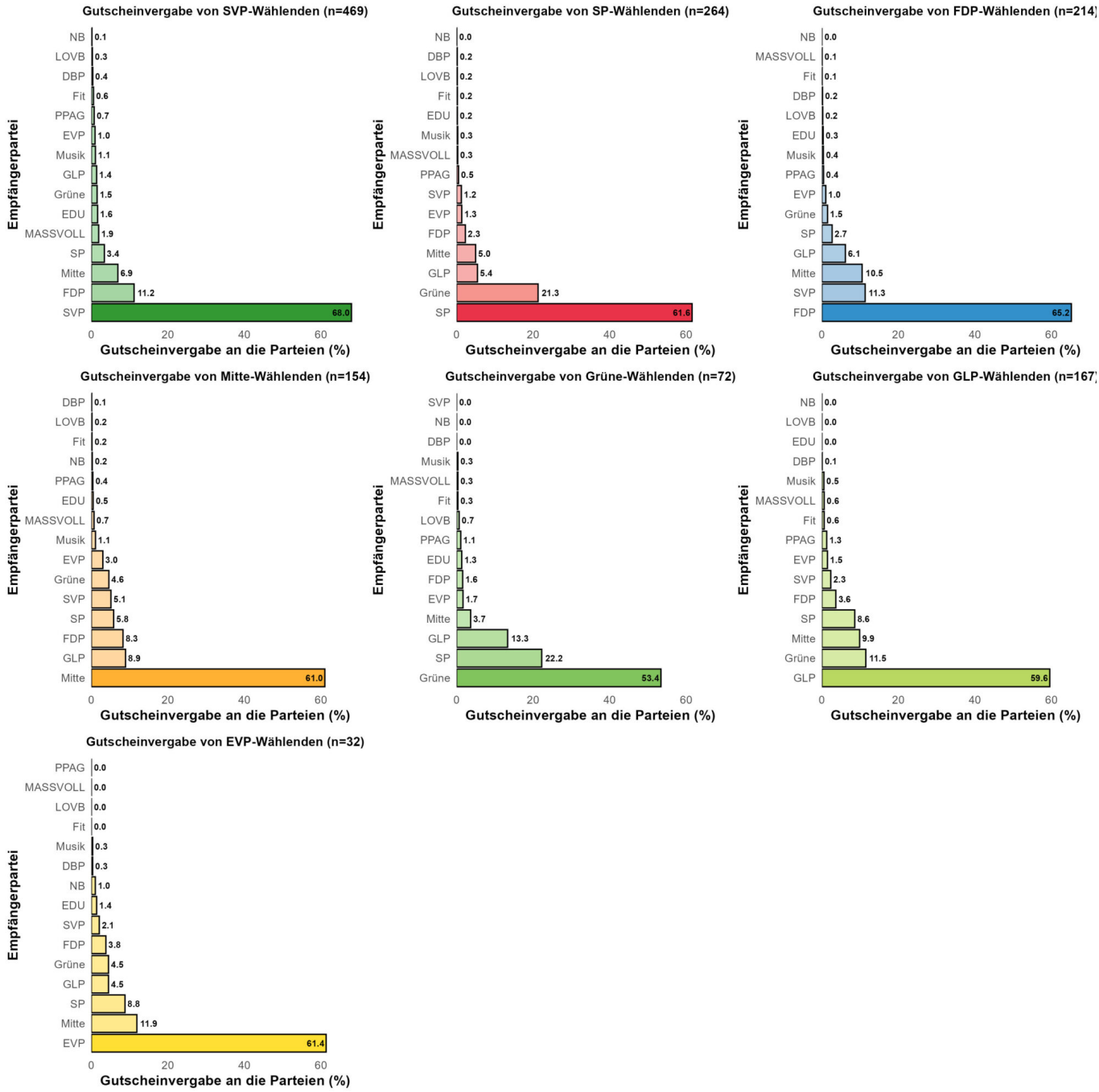

Abbildung: Sandro Luescher (2025).

Abbildung 1 zeigt, dass die meisten Befragten ihre Gutscheine primär ihrer bevorzugten Partei zuweisen. SVP- und FDP-Wählerschaften behalten rund zwei Drittel der Gutscheine in den eigenen Reihen (68.0 % bzw. 65.2 %) und verteilen den verbleibenden Anteil an ideologisch nahestehende Parteien. Die SP-Wählerschaft verteilt 61.6 % an die eigene Partei und unterstützt vor allem die Grünen (21.3 %). Am solidarischsten zeigt sich die Grünen-Wählerschaft, die nur 53.4 % an die eigene Partei vergibt, aber 22.2 % an die SP und 13.3 % an die GLP weiterleitet. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der GLP-Wählerschaft, die 59.6 % an die eigene Partei gibt, aber auch die Grünen (11.5 %) und die FDP (9.9 %) berücksichtigt. Die Mitte-Wählerschaft verteilt 61.0 % der Gutscheine an die eigene Partei und den Rest relativ

gleichmässig an rechte und linke Parteien. Die EVP-Wählerschaft zeigt ein vergleichbares Muster, jedoch mit einer stärkeren Umverteilung zugunsten von Mitte-Links-Parteien.

Welche Parteien profitieren insgesamt?

Die Analyse der kumulierten Gutscheinsummen zeigt, dass einige Parteien überproportional viele Mittel erhalten, während andere weniger Mittel zugewiesen bekommen als es ihrem Wähleranteil entspricht. Die SVP verzeichnet mit -8.3 % die deutlichste negative Differenz, da sie weniger Gutscheine erhält, als es ihrem Wähleranteil entspräche. Auch die EVP (-1.3 %) und EDU (-0.7 %) schneiden schlechter ab, was sich, wie die obige Grafik zeigt, nicht durch eine besonders solidarische Wählerbasis erklären lässt, sondern im Gegenteil dadurch, dass sie bei Fremdwähler/-innen kaum Unterstützung findet. Im Gegensatz dazu profitieren die Grünen (+2.0 %) und insbesondere die GLP (+3.2 %) am stärksten vom Gutscheinsystem, was auf ein solidarisches Spendeverhalten innerhalb des Mitte-Links-Lagers zurückzuführen ist.

Fazit

Die Ergebnisse aus dem Kanton Aargau zeigen, dass Demokratiegutscheine die Bürgerinnen und Bürger nicht nur stärker in die Parteienfinanzierung einbinden, sondern auch eine finanzielle Umverteilung zwischen den Parteien bewirken könnten.

Während SVP- und FDP-Wählerschaften ihre Gutscheine überwiegend der eigenen Partei zuweisen, zeigt sich bei SP-, Grünen- und GLP-Wähler/-innen eine höhere Bereitschaft, Parteien aus dem eigenen ideologischen Lager zu unterstützen. Im rechten politischen Spektrum ist die parteiübergreifende Solidarität wesentlich schwächer ausgeprägt. Dies führt dazu, dass die SVP die deutlichste negative Differenz zwischen Gutschein- und Wähleranteil verzeichnet, während EVP und EDU ebenfalls unterdurchschnittlich abschneiden. Im Gegensatz dazu profitieren insbesondere die Grünen und die GLP. Eine mögliche Erklärung ist, dass Wählerinnen und Wähler unabhängig von ihrer Parteipräferenz berücksichtigen, dass bürgerliche Parteien finanziell breit in der Wirtschaft abgestützt sind und auf potente Geldgeber zählen können. Dieses Bewusstsein könnte zu einem grosszügigeren Spendeverhalten gegenüber Parteien im Mitte-Links-Spektrum führen. Eine alternative Erklärung wäre, dass Wählerinnen und Wähler ihre Gutscheine gezielt einsetzen, um kleinere oder finanziell schwächere Parteien zu stärken.

Insgesamt deutet die Analyse darauf hin, dass Parteien mit einer isolierten, aber disziplinierten Wählerschaft tendenziell benachteiligt wären, während Parteien mit einer breiteren Unterstützungsbasis, insbesondere im Mitte-Links-Spektrum, profitieren könnten. Die drei wählerstärksten Parteien im Kanton Aargau – SVP, SP und FDP – erhielten zusammen rund zwei Drittel aller Stimmen, aber nur 56 % der Gutscheine, was auf eine Umverteilung zugunsten kleinerer Parteien hindeutet.

Für kleinere Parteien könnte die Einführung von Demokratiegutscheinen eine Chance sein, finanzielle Hürden zu verringern und ihre Sichtbarkeit im politischen Wettbewerb zu erhöhen. Parteien, die bisher aufgrund begrenzter

Mittel Schwierigkeiten hatten, ihre Positionen prominent zu vertreten, könnten durch zusätzliche Finanzierungsströme gestärkt werden.

Aus Sicht der Wähler/-innen könnte ein Gutscheinsystem eine direktere Einflussnahme auf die Parteienfinanzierung ermöglichen. Während Spenden bisher vor allem von finanzkräftigen Einzelpersonen und Organisationen geprägt sind, könnten Demokratiegutscheine dazu beitragen, die finanzielle Basis von Parteien stärker an der Breite der Bevölkerung auszurichten. Dies könnte insbesondere für Wähler/-innen von Parteien attraktiv sein, die sich von traditionellen Finanzierungsmodellen benachteiligt fühlen oder bewusst kleinere Akteure stärken möchten.

Referenzen

- Bernhard L., Brüggemann S., Cheon J., Serdült U. (2025): *FOKUS Aargau: Studie zu den Aargauer Grossratswahlen vom 20. Oktober 2024.* FOKUS-Aargau-Berichte, 10. Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).
- Falguera E., Jones S., Ohman M. (2015*): Funding of Political Parties and Election Campaigns. A Handbook on Political Finance*. Strömsborg: International IDEA.
- Gilens, M., Page, B. I. (2014): Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. *Perspectives on Politics* 12(3): 564-581.
- Klüver, H. (2013): *Lobbying in the European Union: Interest Groups, Lobbying Coalitions, and Policy Change*. Oxford: Oxford University Press.
- McCabe, B. J., Heerwig J. A. (2019): Diversifying the Donor Pool: How Did Seattle's Democracy Voucher Program Reshape Participation in Municipal Campaign Finance? *Election Law Journal: Rules, Politics, and Policy* 18(4): 323-341.
- Papich, S. (2024): Do Democracy Vouchers Help Democracy? *Contemporary Economic Policy* 42(1): 4-24.
- Scarrow, S. E. (2007): Political Finance in Comparative Perspective. *Annual Review of Political Science* 10: 193-210.
- Smith, G. (2009). *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Yorgason, C. (2024): Campaign Finance Vouchers Do Not Expand the Diversity of Donors: Evidence from Seattle. *American Political Science Review* 119(1): 508-516.

FOKUS Aargau

Die vorliegende Analyse beruht auf einer Befragung von 2042 Aargauer Wahlberechtigten im Rahmen der Studie «FOKUS Aargau» zur Aargauer Grossratswahl vom 20. Oktober 2024. «FOKUS Aargau» wird vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau finanziert. Die Erhebung der Daten erfolgte durch die Firma DemoSCOPE, während die Auswertungen vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) durchgeführt werden.

Abbildung: unsplash.com